

Würzburger rechtswissenschaftliche Schriften
herausgegeben von der Juristischen Fakultät der Universität Würzburg

Matthias Rögele

Die Konzernbetriebsvereinbarung

Matthias Rögele

Die Konzernbetriebsvereinbarung

WÜRZBURGER
RECHTSWISSENSCHAFTLICHE SCHRIFTEN

Herausgegeben
von
der Juristischen Fakultät der Universität Würzburg

Band 101

ERGON VERLAG

Matthias Rögele

Die Konzernbetriebsvereinbarung

ERGON VERLAG

Zugl.: Würzburg, Univ., Diss., 2018

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über
<http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Ergon – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018
Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung außerhalb des Urheberrechtsgesetzes bedarf der Zustimmung des Verlages.
Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen jeder Art, Übersetzungen, Mikroverfilmungen
und für Einspeicherungen in elektronische Systeme.
Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.
Satz: Ergon-Verlag
Umschlaggestaltung: Jan von Hugo

www.ergon-verlag.de

ISSN 1432-0339
ISBN 978-3-95650-408-2 (Print)
ISBN 978-3-95650-409-9 (ePDF)

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Jahr 2017 von der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg als Dissertation angenommen. Für die Veröffentlichung wurde der Stand der Rechtsprechung und Literatur bis Ende 2017 berücksichtigt.

Mein herzlicher Dank gilt meinem Doktorvater Herrn Prof. Dr. Christoph Weber, der das Promotionsvorhaben angenommen hat und die Arbeit durch seine freundliche Betreuung sowie hilfreichen Anmerkungen stets gefördert hat. Herrn Prof. Dr. Christof Kerwer danke ich für die Übernahme und zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Mein weiterer Dank gilt meinen Kolleginnen und Kollegen am Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Arbeitsrecht von Prof. Dr. Christoph Weber an der Universität Würzburg, mit denen ich eine wunderbare gemeinsame Zeit erleben durfte.

Mein besonderer Dank gilt meiner Familie. Von Herzen danken möchte ich meinen Eltern, die mich zu allen Zeiten in jeder Hinsicht unterstützt haben. Einen besonders lieben Dank spreche ich meiner Frau und meinen Kindern aus, die mir stets geduldig und motivierend zur Seite standen. Euch ist diese Arbeit gewidmet.

Stuttgart, im Januar 2018

Matthias Rögele

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis	27
§ 1: Einführung	31
A. Problemaufriss	31
B. Begriff der Konzernbetriebsvereinbarung	35
C. Gang der Untersuchung	40
Kapitel 1: Zustandekommen der Konzernbetriebsvereinbarung	43
§ 2: Konzernbetriebsrat als Vertragspartner	43
A. Errichtung des Konzernbetriebsrats	43
B. Entsendung zweier Mitglieder durch die Gesamtbetriebsräte	60
C. Konstituierende Sitzung des Konzernbetriebsrats	67
§ 3: Vertragspartner auf Seiten des Arbeitgebers	68
A. Allgemeiner betriebsverfassungsrechtlicher Arbeitgeber	69
B. Betriebsverfassungsrechtlicher Arbeitgeber im Konzern	70
§ 4: Abschluss der Konzernbetriebsvereinbarung	75
A. Willenserklärung auf Seiten des Arbeitgebers	75
B. Willenserklärung auf Seiten des Konzernbetriebsrats	75
C. Wahrung der Form	77
Kapitel 2: Grenzen der Konzernbetriebsvereinbarung	79
§ 5: Zuständigkeit des Konzernbetriebsrats	79
A. Originäre Zuständigkeit (§ 58 Abs. 1 S. 1 BetrVG)	79
B. Auftragszuständigkeit (§ 58 Abs. 2 BetrVG)	122
C. Zuständigkeit aufgrund besonderer Zuweisung innerhalb des BetrVG	122
D. Zuständigkeit außerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes	128

§ 6: Geltungsbereich der Konzernbetriebsvereinbarung	128
A. Geltung für Arbeitnehmer in den Betrieben der Konzernunternehmen	130
B. Geltung für Arbeitnehmer in den Betrieben der Unternehmen, deren Gesamtbetriebsräte sich nicht an der Errichtung des Konzernbetriebsrats bzw. Entsendung in den Konzernbetriebsrat beteiligt haben	136
C. Geltung für Arbeitnehmer in Betrieben von Unternehmen ohne Gesamtbetriebsrat und in Betrieben ohne Betriebsrat	137
D. Geltung für Arbeitnehmer aus später in den Konzernverbund aufgenommenen Unternehmen und Betrieben	146
E. Geltung für Arbeitnehmer in Gemeinschaftsbetrieben mehrerer Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen mehrerer Konzerne	152
Kapitel 3: Durchsetzung der Konzernbetriebsvereinbarung	157
§ 7: Grundlagen des Durchführungsanspruchs in der Betriebsverfassung	157
A. Voraussetzungen des Durchführungsanspruchs	157
B. Inhaber des Durchführungsanspruchs	160
§ 8: Durchführung der Konzernbetriebsvereinbarung	161
A. Durchführungsanspruch des Konzernbetriebsrats	161
B. Übertragung des Durchführungsanspruchs an die Gesamtbetriebsräte	163
C. Eigener Durchführungsanspruch der einzelnen Betriebsräte	165
D. Überwachung der Durchführung der Konzernbetriebsvereinbarung	167
E. Ergebnis	170

Kapitel 4: Ende der Konzernbetriebsvereinbarung	171
§ 9: Beendigung der Konzernbetriebsvereinbarung durch Parteiwillen	171
A. Befristete oder auflösend bedingte Konzernbetriebsvereinbarung	171
B. Ablösung durch eine neue Konzernbetriebsvereinbarung	171
C. Aufhebungsvertrag	173
D. Kündigung	173
E. Nachwirkung nach Beendigung einer Konzernbetriebsvereinbarung	174
§ 10: Folgen eines Zuständigkeitsverlusts für die Konzernbetriebsvereinbarung	178
A. Auslöser des Zuständigkeitswechsels	179
B. Meinungsstand	180
C. Stellungnahme	181
§ 11: Auswirkungen des Amtsendes des Konzernbetriebsrats auf die Konzernbetriebsvereinbarung	188
A. Amtsende des Konzernbetriebsrats	189
B. Auswirkungen des Amtsendes des Betriebsrats/ Gesamtbetriebsrats auf bestehende Betriebsvereinbarungen/ Gesamtbetriebsvereinbarungen	192
C. Übertragung auf die Konzernebene	194
Kapitel 5: Die Konzernbetriebsvereinbarung in der Umstrukturierung	217
§ 12: Umstrukturierung auf Betriebs- und Unternehmensebene	217
A. Umstrukturierung auf Betriebsebene	217
B. Umstrukturierung auf Unternehmensebene	219
§ 13: Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung beim Betriebsübergang	224
A. Fortgeltung der Betriebsvereinbarung	225
B. Fortgeltung der Gesamtbetriebsvereinbarung	234

C. Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung	238
§ 14: Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung nach Umwandlung	308
A. Gesetzliche Ausgangslage	308
B. Konzerninterne Umwandlung	310
C. Konzernexterne Umwandlung	312
§ 15: Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung nach Übertragung von Gesellschaftsanteilen	316
A. Konzerninterne Übertragung	316
B. Konzernexterne Übertragung	317
§ 16: Zusammenfassung der Ergebnisse	320
Literaturverzeichnis	325

Abkürzungsverzeichnis	27
§ 1: Einführung	31
A. Problemaufriss	31
B. Begriff der Konzernbetriebsvereinbarung	35
I. Historische Entwicklung	35
II. Abgrenzung zu Vereinbarungen im Rahmen der Delegation nach § 58 Abs. 2 BetrVG	37
III. Differenzierung nach horizontalen und vertikalen Konzernbetriebsvereinbarungen	39
C. Gang der Untersuchung	40
Kapitel 1: Zustandekommen der Konzernbetriebsvereinbarung	43
§ 2: Konzernbetriebsrat als Vertragspartner	43
A. Errichtung des Konzernbetriebsrats	43
I. Konzern im Sinne des § 54 Abs. 1 S. 1 BetrVG	44
1. Unternehmensbegriff	45
2. Abhängigkeitsverhältnis nach § 17 AktG	46
3. Zusammenfassung unter einheitlicher Leitung	48
4. Konzernvermutungen	50
a) § 18 Abs. 1 S. 2 AktG	50
aa) Vertragskonzern	50
bb) Eingliederungskonzern	51
cc) Faktische Konzerne	51
b) § 18 Abs. 1 S. 3 AktG	51
5. Rechtmäßigkeit der Konzernierung als Voraussetzung?	52
II. Errichtungsbeschlüsse durch einen oder mehrere Gesamtbetriebsräte	53
1. Anzahl der Arbeitnehmervertretungen	53
2. Beschlussfassung	56
3. Quorum	56
III. Folgen fehlender Errichtungsvoraussetzungen für die Konzernbetriebsvereinbarung	57
1. Meinungsstand	58
2. Stellungnahme	59

B. Entsendung zweier Mitglieder durch die Gesamtbetriebsräte	60
I. Voraussetzungen der Entsendung	61
II. Folgen fehlerhafter Entsendungsbeschlüsse für die Konzernbetriebsvereinbarung	62
1. Nichtige Entsendungsbeschlüsse	62
2. Anfechtbare Entsendungsbeschlüsse	64
III. Folgen fehlender Entsendung für die Konzernbetriebsvereinbarung	65
C. Konstituierende Sitzung des Konzernbetriebsrats	67
§ 3: Vertragspartner auf Seiten des Arbeitgebers	68
A. Allgemeiner betriebsverfassungsrechtlicher Arbeitgeber	69
B. Betriebsverfassungsrechtlicher Arbeitgeber im Konzern	70
I. Betriebsverfassungsrechtlicher Arbeitgeber im Fall des § 58 Abs. 1 BetrVG	70
1. Herrschendes Unternehmen als Vertragspartner	70
2. Konzernunternehmen als Vertragspartner	71
3. Stellungnahme	72
II. Betriebsverfassungsrechtlicher Arbeitgeber im Fall des § 58 Abs. 2 BetrVG	73
1. Herrschendes Unternehmen als Vertragspartner	73
2. Unternehmen des beauftragenden Gesamtbetriebsrats als Vertragspartner	74
§ 4: Abschluss der Konzernbetriebsvereinbarung	75
A. Willenserklärung auf Seiten des Arbeitgebers	75
B. Willenserklärung auf Seiten des Konzernbetriebsrats	75
C. Wahrung der Form	77
Kapitel 2: Grenzen der Konzernbetriebsvereinbarung	79
§ 5: Zuständigkeit des Konzernbetriebsrats	79
A. Originäre Zuständigkeit (§ 58 Abs. 1 S. 1 BetrVG)	79
I. Angelegenheit, die den Konzern oder mehrere Konzernunternehmen betrifft	79

II. Nichtregelnkönnen durch die	
Gesamtbetriebsräte	81
1. Kriterien für die Zuständigkeit des	
Gesamtbetriebsrats	82
2. Besonderheiten des Konzernbetriebsrats	84
3. Objektiv zwingendes Erfordernis	85
4. Subjektive Unmöglichkeit	86
5. Konzernstruktur als entscheidender Faktor	86
6. Keine Beschränkung auf eine	
Regelungsbefugnis	87
III. Folgen der Eröffnung des originären	
Zuständigkeitsbereichs des Konzernbetriebsrats	89
1. Kompetenzverteilung in der	
Betriebsverfassung	90
a) Auffangzuständigkeit des Betriebsrats	90
b) Zuständigkeitsstrennung	92
c) Stellungnahme	93
aa) Primärzuständigkeit der Betriebsräte	
als Kriterium?	93
bb) Anwendung des	
Subsidiaritätsprinzips bzw. der	
Grundsätze der konkurrierenden	
Gesetzgebung?	94
cc) Zwischenergebnis	95
dd) Wortlaut der Kompetenznormen	96
ee) Systematik der	
Zuständigkeitsverteilung	96
ff) Zweck der Kompetenzregeln	97
d) Ergebnis	97
2. Folgen des Grundsatzes der	
Zuständigkeitsstrennung	97
a) Zwingende Regelung der	
Zuständigkeitsverteilung	97
b) Umfassende Zuständigkeit – keine	
Zulässigkeit von Öffnungsklauseln	99
c) Zuständigkeit des Konzernbetriebsrats	
auch bei Untätigkeit	100
d) Zuständigkeit im Konzern ohne	
Errichtung des Konzernbetriebsrats	103

IV. Folgen einer Überschreitung der Zuständigkeitsgrenzen	106
1. Zuständigkeit als Wirksamkeitsvoraussetzung einer Konzernbetriebsvereinbarung	106
2. Vorsorgliche Beauftragung des Konzernbetriebsrats durch die Gesamtbetriebsräte	107
3. Nachträgliche Genehmigung einer unwirksamen Konzernbetriebsvereinbarung	108
V. Folgen eines Zuständigkeitswechsels auf den Konzernbetriebsrat	111
1. Auslöser des Zuständigkeitswechsels	111
a) Erzwingbare Mitbestimmung	111
b) Freiwillige Mitbestimmung	112
c) Zwischenergebnis	114
2. Automatische Unwirksamkeit der früheren Regelung	115
3. Auflösung anhand allgemeiner Regeln der Normenkollision	117
a) Rangprinzip und Günstigkeitsprinzip	117
b) Spezialitätsprinzip	118
c) Ablösungsprinzip	118
4. Kündigung der Gesamtbetriebsvereinbarungen nach dem Zuständigkeitswechsel	120
5. Ergebnis	121
B. Auftragszuständigkeit (§ 58 Abs. 2 BetrVG)	122
C. Zuständigkeit aufgrund besonderer Zuweisung innerhalb des BetrVG	122
I. Konzernbetriebsvereinbarungen über die Mitgliederzahl und Stimmengewichtung	122
II. Konzernbetriebsvereinbarungen im Rahmen des § 3 Abs. 2 BetrVG	125
III. Bestellung des Wahlvorstands, §§ 17 Abs. 1, 16 Abs. 3 BetrVG	127
D. Zuständigkeit außerhalb des Betriebsverfassungsgesetzes	128

§ 6: Geltungsbereich der Konzernbetriebsvereinbarung	128
A. Geltung für Arbeitnehmer in den Betrieben der Konzernunternehmen	130
I. Meinungsstand	130
II. Stellungnahme	132
1. Wertungen des Betriebsverfassungsgesetzes	132
2. Verhältnis der Konzernbetriebsvereinbarung zum Konzerngesellschaftsrecht	134
III. Ergebnis	135
B. Geltung für Arbeitnehmer in den Betrieben der Unternehmen, deren Gesamtbetriebsräte sich nicht an der Errichtung des Konzernbetriebsrats bzw. Entsendung in den Konzernbetriebsrat beteiligt haben	136
C. Geltung für Arbeitnehmer in Betrieben von Unternehmen ohne Gesamtbetriebsrat und in Betrieben ohne Betriebsrat	137
I. Konstellation	137
II. Frühere Rechtslage	138
III. Meinungsstand nach der Neufassung	139
IV. Stellungnahme	140
V. Folgen für betriebsratsunfähige Betriebe	141
1. Zuordnung von Kleinstbetrieben	142
2. Nur aus Kleinstbetrieben bestehendes Unternehmen	142
3. Ergebnis	143
VI. Geltung einer vor der Reform des § 58 Abs. 1 S. 1 Hs. 2 BetrVG abgeschlossenen Konzernbetriebsvereinbarung	143
1. Meinungsstand	143
2. Stellungnahme	144
3. Ergebnis	146
D. Geltung für Arbeitnehmer aus später in den Konzernverbund aufgenommenen Unternehmen und Betrieben	146
I. Regelung in der Vereinbarung selbst	147
II. Fehlen einer Regelung	148
1. Meinungsstand	148

2. Stellungnahme	149
a) Kein Legitimationsdefizit bei späterer Erweiterung des Geltungsbereichs	150
b) Auslegung der Konzernbetriebsvereinbarung	150
c) Ergebnis	151
E. Geltung für Arbeitnehmer in Gemeinschaftsbetrieben mehrerer Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen mehrerer Konzerne	152
I. Gemeinschaftsbetrieb mehrerer Unternehmen	152
II. Gemeinschaftsunternehmen	154
Kapitel 3: Durchsetzung der Konzernbetriebsvereinbarung	157
§ 7: Grundlagen des Durchführungsanspruchs in der Betriebsverfassung	157
A. Voraussetzungen des Durchführungsanspruchs	157
I. Durchführungsanspruch nachwirkender Betriebsvereinbarungen	158
II. Durchführungsanspruch nach einem Betriebsübergang	159
B. Inhaber des Durchführungsanspruchs	160
§ 8: Durchführung der Konzernbetriebsvereinbarung	161
A. Durchführungsanspruch des Konzernbetriebsrats	161
I. Durchführungsanspruch bei Delegation nach § 58 Abs. 2 BetrVG	161
II. Durchführungsanspruch nach einem Betriebsübergang	162
B. Übertragung des Durchführungsanspruchs an die Gesamtbetriebsräte	163
C. Eigener Durchführungsanspruch der einzelnen Betriebsräte	165
D. Überwachung der Durchführung der Konzernbetriebsvereinbarung	167
E. Ergebnis	170

Kapitel 4: Ende der Konzernbetriebsvereinbarung	171
§ 9: Beendigung der Konzernbetriebsvereinbarung durch Parteiwillen	171
A. Befristete oder auflösend bedingte Konzernbetriebsvereinbarung	171
B. Ablösung durch eine neue Konzernbetriebsvereinbarung	171
I. Grundsätze	171
II. Sonderfall: Ablösung einer Konzernbetriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung	172
C. Aufhebungsvertrag	173
D. Kündigung	173
E. Nachwirkung nach Beendigung einer Konzernbetriebsvereinbarung	174
I. Grundsätze der Nachwirkung einer Konzernbetriebsvereinbarung	174
II. Nachwirkung von Konzernbetriebsvereinbarungen nach § 3 Abs. 2 und § 55 Abs. 4 BetrVG	177
§ 10: Folgen eines Zuständigkeitsverlusts für die Konzernbetriebsvereinbarung	178
A. Auslöser des Zuständigkeitswechsels	179
I. Erzwingbare Mitbestimmung	179
II. Freiwillige Mitbestimmung	179
III. Zwischenergebnis	180
B. Meinungsstand	180
C. Stellungnahme	181
I. Unternehmen mit Gesamtbetriebsrat	181
II. Unternehmen ohne Gesamtbetriebsrat	182
1. Keine Erforderlichkeit eines Gesamtbetriebsrats	183
2. Fortbestand der Mitbestimmungsrechte notwendig?	183
3. Zweck des erweiterten Geltungsbereichs	184
4. Ergebnis	185
III. Kündigung der Konzernbetriebsvereinbarung nach dem Zuständigkeitswechsel	185

IV. Konzernbetriebsvereinbarungen nach § 3 Abs. 2	
BetrVG und § 55 Abs. 4 BetrVG	187
V. Ergebnis	188
§ 11: Auswirkungen des Amtsendes des Konzernbetriebsrats	
auf die Konzernbetriebsvereinbarung	188
A. Amtsende des Konzernbetriebsrats	189
I. Neuwahl der Betriebsräte in den Betrieben der	
Konzernunternehmen	189
II. Auflösung des Konzernbetriebsrats	190
III. Ende der Konzernierung	191
B. Auswirkungen des Amtsendes des Betriebsrats/	
Gesamtbetriebsrats auf bestehende	
Betriebsvereinbarungen/	
Gesamtbetriebsvereinbarungen	192
C. Übertragung auf die Konzernebene	194
I. Meinungsstand	194
II. Stellungnahme	195
1. Normwirkung der	
Konzernbetriebsvereinbarung ohne	
Konzernbetriebsrat	195
2. Kündigung der fortbestehenden	
Konzernbetriebsvereinbarung	198
a) Kündigung in Unternehmen/Betrieben	
mit bestehenden Betriebsratsgremien	198
aa) Analoge Anwendung von § 77	
Abs. 5 BetrVG	199
bb) Keine Benachteiligung der	
Arbeitnehmergremien	200
cc) Keine Nachwirkung der	
Konzernbetriebsvereinbarung	200
dd) Ergebnis	202
b) Beendigung in Unternehmen/Betrieben	
ohne bestehende Betriebsratsgremien	202
3. Zwischenergebnis	205
4. Folgen für die Konzernbetriebsvereinbarung	
nach Neuwahl der Betriebsräte	205
5. Folgen für die Konzernbetriebsvereinbarung	
nach Auflösung des Konzernbetriebsrats	206

6. Folgen für die Konzernbetriebsvereinbarung nach Ende der Konzernierung	206
a) Fortbestehen des Konzerns als Voraussetzung der Konzernbetriebsvereinbarung?	207
b) Konsequenzen der fehlenden Konzernbindung	209
aa) Zuständigkeitswechsel hin zu den Gesamtbetriebsräten/Betriebsräten	209
bb) Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung in Unternehmen/Betrieben ohne bestehende Betriebsratsgremien	211
cc) Fortgeltung von Konzernbetriebsvereinbarungen mit konzernbezogenen Sonderleistungen	212
dd) Fortgeltung von Konzernbetriebsvereinbarungen nach § 3 Abs. 2 BetrVG	215
7. Folgen für bereits gekündigte bzw. nachwirkende Konzernbetriebsvereinbarungen	215
8. Ergebnis	216
Kapitel 5: Die Konzernbetriebsvereinbarung in der Umstrukturierung	217
§ 12: Umstrukturierung auf Betriebs- und Unternehmensebene	217
A. Umstrukturierung auf Betriebsebene	217
B. Umstrukturierung auf Unternehmensebene	219
I. Einzelrechtsnachfolge	220
II. Gesamtrechtsnachfolge	220
1. Verschmelzung	221
2. Spaltung	221
3. Vermögensübertragung	222
4. Formwechsel	222
5. Mögliche Folgen für die Konzernbetriebsvereinbarung	222
III. Übertragung von Gesellschaftsanteilen	223
IV. Ergebnis	223

§ 13: Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung beim Betriebsübergang	224
A. Fortgeltung der Betriebsvereinbarung	225
I. Gesetzliche Ausgangslage: Fortgeltung nach § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB	225
1. Individualrechtliche Fortgeltung	225
2. Normative Fortgeltung	226
3. Sukzessionsmodell	228
II. Kollektivrechtliche Fortgeltung nach Betriebsverfassungsrecht	229
III. Folgen der unterschiedlichen Fortgeltungsvarianten	231
1. Ablösung und Beendigung der fortgeltenden Betriebsvereinbarung	231
2. Geltung für neu-eingetretene Arbeitnehmer	232
3. Übergang von Betriebs- und Betriebsverfassungsnormen	232
B. Fortgeltung der Gesamtbetriebsvereinbarung	234
I. Herrschende Meinung vor dem 18.09.2002	234
II. Entscheidung des BAG vom 18.09.2002	235
III. Meinungsbild im Schrifttum	236
C. Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung	238
I. Konzerninterne Betriebsübergänge	238
II. Konzernexterne Betriebsübergänge	241
1. Meinungsstand	242
a) Kollektivrechtliche Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung bei Konzernidentität	242
b) Kollektivrechtliche Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung bei Betriebsidentität	243
aa) Zulässigkeit	243
bb) Fallgruppen	245
(1) Fortgeltung als Konzernbetriebsvereinbarung	245
(2) Fortgeltung als Gesamtbetriebsvereinbarung oder Betriebsvereinbarung	246

c)	Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung nach dem Sukzessionsmodell	246
2.	Stellungnahme	247
a)	Kollektivrechtliche Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung	247
aa)	Notwendigkeit der fortbestehenden Zuständigkeit des Konzernbetriebsrats	248
bb)	Erfordernis des Fortbestands des Betriebs im Konzern	251
cc)	Zwischenergebnis	252
dd)	Erhalt der betrieblichen Identität als Voraussetzung kollektivrechtlicher Fortgeltung	253
(1)	Betriebliche Identität als allgemeines Kriterium kollektivrechtlicher Fortgeltung von Betriebsvereinbarungen	253
(2)	Verbleibender Anwendungsbereich von § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB in Bezug auf Betriebsvereinbarungen	255
(3)	Bewertung der Betriebsidentitätslehre	260
ee)	Kriterium des Wegfalls der Gestaltungsaufgabe als Ausweg?	262
ff)	Zwischenergebnis	263
b)	Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung nach § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB gemäß dem Sukzessionsmodell	263
aa)	Vereinbarkeit mit § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB	264
(1)	Europarechtliche Vorgaben	265
(2)	Wille des Gesetzgebers	270
(3)	Wortlaut des § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB	273
(4)	Systematik des § 613 a Abs. 1 S. 2-4 BGB	276

(5) Zweck des § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB	279
bb) Wirkung der normativen Fortgeltung	279
cc) Zwischenergebnis	282
dd) Vereinbarkeit mit den Grundsätzen des Betriebsverfassungsrechts	282
c) Zwischenergebnis	286
d) Rechtsfolgen des Sukzessionsmodells im Rahmen von § 613 a Abs. 1 S. 2-4 BGB	286
aa) Reichweite der Fortgeltung	286
(1) Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung als Ganzes	286
(2) Ausnahmen von der Fortgeltung	288
bb) Ablösung der fortgeltenden Konzernbetriebsvereinbarung beim Erwerber	291
(1) Individualrechtliche Ablösung nach Ablauf der Jahresfrist des § 613 a Abs. 1 S. 2 BGB	291
(2) Kollektivrechtliche Ablösung nach § 613 a Abs. 1 S. 3 BGB	291
(a) Vorrang bereits bestehender Betriebsvereinbarungen	291
(b) Ablösung durch nachträglich abgeschlossene Betriebsvereinbarung	294
(c) Ablösung durch (nachträglich abgeschlossenen) Tarifvertrag	295
(d) Anwendbarkeit des Günstigkeitsprinzips?	298

(3) Ablösung nach § 613 a Abs. 1	
S. 4 Alt. 1 BGB	301
(a) Kollektivrechtliche	
Kündigung vor dem	
Betriebsübergang und	
Befristung	301
(b) Kollektivrechtliche	
Kündigung nach dem	
Betriebsübergang	303
(c) Aufhebungsvertrag	307
e) Ergebnis	307
§ 14: Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung nach	
Umwandlung	308
A. Gesetzliche Ausgangslage	308
B. Konzerninterne Umwandlung	310
C. Konzernexterne Umwandlung	312
I. Meinungsstand	312
II. Stellungnahme	313
III. Ergebnis	315
§ 15: Fortgeltung der Konzernbetriebsvereinbarung nach	
Übertragung von Gesellschaftsanteilen	316
A. Konzerninterne Übertragung	316
B. Konzernexterne Übertragung	317
I. Meinungsstand	317
II. Stellungnahme	318
III. Ergebnis	319
§ 16: Zusammenfassung der Ergebnisse	320
Literaturverzeichnis	325

Abkürzungsverzeichnis

a.a.O.	am angegebenen Ort
a.A.	anderer Ansicht
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
a.F.	alte Fassung
AG	Aktiengesellschaft/Die Aktiengesellschaft (Zeitschrift)
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AiB	Arbeit im Betrieb
AktG	Aktiengesetz
Anm.	Anmerkung
AP	Arbeitsrechtliche Praxis
ArbG	Arbeitsgericht
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz
ArbRAktuell	Arbeitsrecht Aktuell
ArbRB	Der Arbeits-Rechtsberater
Art.	Artikel
AR-Blattei SD	Arbeitsrecht-Blattei Systematische Darstellungen
AuA	Arbeit und Arbeitsrecht
AÜG	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz
AuR	Arbeit und Recht
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Betriebsberater
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGH	Bundesgerichtshof
BT-Drs.	Bundestag-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
d.h.	das heißt

DÖV	Die öffentliche Verwaltung
DVBbl.	Deutsches Verwaltungsblatt
Einl.	Einleitung
etc.	et cetera
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
EuZA	Europäische Zeitschrift für Arbeitsrecht
e.V.	eingetragener Verein
EzA	Entscheidungssammlung zum Arbeitsrecht
f., ff.	folgende
FA	Fachanwalt Arbeitsrecht
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
gem.	gemäß
GG	Grundgesetz
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
grds.	grundsätzlich
GS	Gedächtnisschrift/Großer Senat
HGB	Handelsgesetzbuch
h.L.	herrschende Lehre
h.M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
Hs.	Halbsatz
i.V.m.	in Verbindung mit
jurisPR-ArbR	juris-Praxisreport Arbeitsrecht
KOM	Kommission (Mitteilung)
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KSchG	Kündigungsschutzgesetz
KTS	Konkurs-, Treuhand- und Schiedsgerichtswesen (Zeitschrift)
LAG	Landesarbeitsgericht
LAGE	Entscheidungen der Landesarbeitsgerichte
Lit.	Literatur
MitbestG	Mitbestimmungsgesetz

m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer
NZA	Neue Zeitschrift Arbeitsrecht
NZA-RR	Neue Zeitschrift Arbeitsrecht-Rechtsprechungsreport
PersV	Die Personalvertretung
RdA	Recht der Arbeit
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
S.	Satz, Seite
SAE	Sammlung arbeitsrechtlicher Entscheidungen
sog.	sogenannte
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
TVG	Tarifvertragsgesetz
u.a.	unter anderem
UmwG	Umwandlungsgesetz
Vorb	Vorbemerkungen
vgl.	vergleiche
WM	Wertpapier-Mitteilungen (Zeitschrift)
z.B.	zum Beispiel
ZESAR	Zeitschrift für europäisches Sozial- und Arbeitsrecht
ZfA	Zeitschrift für Arbeitsrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
zust.	zustimmend